Abonnementspreis
In der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 9.—.

Die Morgen-Ausgabe erscheint täglich ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Insertionspreis
Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Inserate:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Sonn- und Festtags früh 9 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Inserate sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 286. Montag den 6. Juni 1892. 86. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Die am 1. October 1892 zu tilgenden Prioritäts-Obligationen Lit. E. der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft und die am 1. Januar 1893 zu tilgenden Niederschlesisch-Zweigbahn-Prioritäts-Obligationen der Oberschlesischen Eisenbahngesellschaft werden am

Mittwoch, den 6. Juli 1892, Vormittags 11 Uhr,

in unserm Sitzungszimmer, Oranienstraße 92/94, 1 Treppe, in Gegenwart zweier Notare bezw. eines Notars öffentlich verlooft.

Berlin, den 3. Juni 1892.

Königlich Preußische Hauptverwaltung der Staatsschulden.
v. Hoffmann.

Amtliche Bekanntmachungen.

Kirschen-Verpachtung.

Die diesjährige Nutzung der **Röderauer** Kirschenplantage (über 900 Stück tragende Bäume verschiedener Sorten) soll

Mittwoch, den 8. Juni d. J., Vormittags 11 Uhr

im „Waldschlößchen" zu Röderau, unter den zuvor bekannt zu gebenden Bedingungen, meistbietend verpachtet werden.

Auswärtigen Bietern ist nachgelassen, ihre Gebote auch schriftlich beim unterzeichneten Bureau einzureichen; diese Gebote müssen jedoch spätestens Vormittags 8 Uhr genannten Tages an Bureaustelle eingehen.

Königliches Abtheilungs-Ingenieur-Bureau Riesa.
am 28. Mai 1892.

Politische Tagesschau.

* Leipzig, 5. Juni.

Den Antisemiten wird vom Organ des Bundes für die Bodenbesitzreform die Freundeshand gereicht, weil jene auf ihr Programm „nunmehr" die Forderung der Bodenbesitzreform geschrieben hätten. In Wahrheit ist diese Forderung allerdings schon in dem Bochumer Programme der „Deutsch-Socialen" von 1895 enthalten, also von dem Bunde der Bodenbesitzreform etwas spät entdeckt worden. Aber es ist doch gut, daß bei dieser Gelegenheit wieder einmal auf die Sache aufmerksam gemacht wird. Nichts ist mehr geeignet, den Antisemitismus dort, wo er in der Maske der Bauernfreundlichkeit werben möchte, wirksam zu bekämpfen, als der Hinweis auf sein Verlangen nach der Bodenbesitzreform. Unter diesem schön klingenden Namen birgt sich bekanntlich das Bestreben nach einer Verstaatlichung von Grund und Boden, mit anderen Worten, nach einer Umwandelung des Standes der selbstständigen bäuerlichen Besitzer in einen Stand von Erbpächtern, die dem Staate als dem einzigen und alleinigen Besitzer rentenpflichtig wären. Die Reform ist in der Weise gedacht, daß zunächst der Hypothekarcredit verstaatlicht werden soll. Die hierzu einzusetzenden Behörden (Grundbanken) würden alle bestehenden Hypothekenverpflichtungen ablösen und die amortisirbare, bezw. kündbare Last in eine unkündbare Rentenlast umwandeln. Der verschuldete Landwirth wäre also von Stunde an außer Stand gesetzt, seinen Grund und Boden wieder schuldenfrei zu machen, d. h. zu freiem Eigenthum zu besitzen. Dieselben Behörden sollen aber auch ausschließlich befugt sein, fortan Grundcredit zu gewähren und sollten solchen Credit nur in Gestalt der ewig unablösbaren Rente gewähren dürfen. Sobald also ein bisher unverschuldeter Landwirth einmal in die Zwangslage käme, den Realcredit in Anspruch zu nehmen, würde auch er von dem „Obereigenthümer" Staat als Erbpächter für alle Zeiten festgehalten. Endlich sollte, unter Beseitigung der bisherigen Grundsteuer, eine nach den Schwankungen des Bodenwerthes beweglich gedachte Grundzinsverpflichtung auch auf die unverschuldeten Besitzer gelegt werden. So unklar und unfertig diese ganze Umwälzung von den Bodenbesitzreformen erfaßt ist, ebenso hinreichend klar tritt doch die Absicht zu Tage, aus unserem socialen Körper, dem Ergebniß einer mehrtausendjährigen Entwickelung eines der wichtigsten Glieder herauszureißen: die Freiheit des Bauernstandes im Besitz an Grund und Boden! Da nun dieser Reformvorschlag so ziemlich der einzige in dem Bochumer Programm ist, der Anspruch auf sachliche Beachtung verdient, mag es sich wohl empfehlen, in der Abwehr der antisemitischen Agitation auf dem Lande gerade diesen Punct zu betonen. Der Bauernstand dürfte dabei zu der Einsicht kommen, wie theuer ihn die angeblich „befreiende" und „erlösende" Betriebsamkeit der Antisemiten schließlich zu stehen kommen würde.

Ueber die Stimmung, welche die Franzosen angesichts der Kaiserbegegnung von Kiel erfüllt, wird der „Voss. Zeitung" aus Paris geschrieben: Die Begegnungen des Kaisers Wilhelm mit fremden Herrschern sind der Gegenstand ängstlicher Sorge der hiesigen Politiker. In erster Reihe ist es natürlich der Besuch des Zaren, der sie beschäftigt. Französische Liebe geht nicht ohne Eifersucht und über die Stirn eines jeden russenschwärmenden Franzosen zieht ein tiefer Schatten, wenn er daran denkt, daß der Zar beim deutschen Kaiser zu Gaste sein könne. „Sind die Gerüchte von einer Annäherung Rußlands an Deutschland wahr?" rief zu Anfang dieser Woche ein hiesiges Blatt schmerzlich bewegt, „soll Berlin, Potsdam oder Kiel das Andenken von Kronstadt auslöschen?" Und ein anderes Blatt nahm ohne weiteres an, daß diese Frage bejaht werden müsse, und schritt zu einer Prüfung seines Gewissens, bei der es zerknirscht die Entdeckung machte, daß Frankreich wohl die Liebe des Zaren verscherzt haben könne, erstens, weil es das gute, alte Cabinet, das Kronstadt „gemacht", gegen ein radicales, priesterverfolgendes Ministerium vertauscht, zweitens, weil es für die Opfer der russischen Hungersnoth den ganzen Winter und Frühling hindurch nichts gethan habe. Die neuesten Nachrichten aus Berlin und Kopenhagen nehmen aber jede Sorge vom bekümmerten Gemüthe der französischen Vaterlandsfreunde. Der Zar stattet dem Kaiser Wilhelm einen Besuch ab, jedoch, so sagen die Franzosen, unter äußeren Umständen, die diesen Besuch fast zu einer Kundgebung der Entfremdung, um nicht zu sagen der Feindseligkeit, machen. Der Zar begiebt sich nicht in ein Schloß des Kaisers, er betritt nicht einmal deutschen Boden, er fährt blos in den Hafen von Kiel ein und geht an Bord eines deutschen Kriegsschiffes. Der Besuch soll blos einige Stunden währen, dann nimmt der Zar kühlen Abschied und eilt nach Kopenhagen zurück. Kronstadt wird also nicht ausgelöscht und Frankreich kann ruhig sein! — Da andererseits auch Deutschland bei diesem unter so eigenthümlichen Formen erfolgenden Besuche ganz ruhig bleibt, so ist ja Alles zum Besten bestellt in dieser besten aller Welten.

Ein Jahrzehnt wird in diesen Tagen voll, seitdem Benjamin v. Kallay in das stille Haus in der Johannesgasse in Wien eingezogen ist, von welchem aus Bosnien und die Herzegowina, die beiden jüngsten Provinzen der österreichisch-ungarischen Monarchie, regiert werden. Der Berliner Congreß hat diese Länder der Verwaltung Oesterreichs unterstellt, und wie hoch auch die Meinung der europäischen Diplomatie von der Verwaltungskunst des Habsburger Reiches gewesen sein mag, die Verwaltung Benjamin v. Kallay's hat die Erwartungen von Freund und Feind weit übertroffen. Es bedarf eines derartigen Erinnerungstages, um die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit auf Bosnien und die Herzegowina zu lenken, denn nichts charakterisirt die Zustände in diesen Ländern besser, als daß ein Gebiet, welches ein Jahrhundert hindurch die Quelle unausgesetzter Beunruhigung und Gefahren für den Frieden Europas bildete, aufgehört hat, den Gegenstand politischen Interesses für die Welt zu bilden. Wer den occupirten Provinzen näher tritt, staunt über den Wandel, der dort Platz gegriffen, über die Fülle fruchtbarer Arbeit, welche dort in einer kleinen Spanne Zeit verrichtet worden: das culturelle Interesse ist an Stelle des politischen getreten, nachdem geordnete und consolidirte Verhältnisse die vormalige Verwirrung und Zerrüttung abgelöst hatten.

Der socialdemokratischen Bewegung in England hat es unverkennbaren Vortheil gebracht, daß der Führer der Radicalen, Gladstone, nachdem er in der wahlfreien Zeit sich stets als entschlossener Gegner des Achtstundentages erklärt hatte, jetzt zu Beginn der Wahlbewegung den Mantel nach dem Winde gedreht und in einem öffentlichen Schreiben versichert hat, er gedenke über den Achtstundentag in den Staatsbetrieben mit sich reden zu lassen, d. h. wenn ihn die Wahlen wieder obenauf und ins Ministerium bringen. Diese auffallende Connivenz des politischen Radicalismus, gegenüber der Socialdemokratie konnte natürlich in Deutschland nicht unbemerkt bleiben. In der deutschfreisinnigen Presse wird sie wenig glimpflich beurtheilt, im Schooße der deutschen Socialdemokratie dagegen fühlt man sich von Neuem zu dem Versuch angeregt, im Wege des Wahlgeschäfts die radicalen Partei-Elemente auf der schiefen Ebene möglichst weit hinunterlocken und der Achtstunden-Bewegung durch Compromisse mit der „einzigen bürgerlichen reactionairen Masse" Erfolge erstreiten zu können. Das Parteiprogramm steht dem einstweilen entgegen. Eine Parteiversammlung im 5. Berliner Wahlkreis hat nun aber beschlossen, der Gesammtpartei den Vorschlag zu unterbreiten, daß grundsätzlich bei Stichwahlen solche gegnerische Candidaten unterstützt werden dürfen, welche sich verpflichten, für das Achtstundengesetz zu stimmen. Bis jetzt schweigt sich das leitende Organ der Partei über diesen Vorschlag noch aus.

Der Hafen von Antwerpen leistet in seiner dermaligen Verfassung dem internationalen, voran dem deutschen und englischen Handelsverkehr, ungleich wichtigere Dienste, als dem national-belgischen. Es sind von belgischen Patrioten schon vielfache Versuche gemacht, den einheimischen geschäftlichen Unternehmungsgeist für den hervorragendsten Seehandelsplatz des Landes intensiver zu erwärmen, bis jetzt aber ohne den gewünschten Erfolg. Das neueste Project dieser Art besteht in der Gründung einer Handels- und Schiffahrts-Actiengesellschaft großen Stiles, welche, etwa nach dem Muster des norddeutschen Lloyd oder der Hamburg-amerikanischen Packetfahrt, Dampferlinien nach allen Himmelsrichtungen und auf allen großen Meeren einrichten und solchermaßen sowohl der belgischen Industrie, als dem Aufschwung des Antwerpener Platzes einen mächtigen Anstoß verleihen, mindestens aber verhindern soll, daß letzterer noch mehr als bisher hinter den deutschen und holländischen Emporien zurückbleibe. Der Plan möchte an sich rationell sein, ob er aber nicht, wie alle seine Vorgänger, ein todtgeborenes Kind bleibt, ist eine andere Frage. In Belgien weht nun einmal kein den realen Landesinteressen günstiger Wind. Der alles überwuchernde Parlamentarismus hat in den weitesten Kreisen des Volkes zu einer fortschreitenden Verengerung des politischen und nationalen Horizontes geführt, welche von den concurrirenden Parteien um die Wette gefördert wird. Der politische Durchschnittsmensch in Belgien hat für nichts Anderes Sinn und Empfänglichkeit, als für Parteiangelegenheiten, gegenwärtig insbesondere für das „große" Problem der Verfassungsrevision, und speciell im Hinblick auf die Zukunft Antwerpens könnte die öffentliche Meinung sich kaum theilnahmloser verhalten, wenn dieser Hafen statt an der Scheldemündung im Monde läge. Mit dem Eintritte einer auf der maritimen Basis von Antwerpen gestützten ebenbürtigen belgischen Seeschifffahrt in die Concurrenz der tonangebenden seefahrenden Völker dürfte es daher einstweilen noch seine guten Wege haben.

Eine bedeutsame telegraphische Meldung ist gestern aus Washington eingegangen. Staatssecretair Blaine hat danach seine Entlassung eingereicht. Dieser Entschluß läßt keinen Zweifel mehr darüber, daß der genannte amerikanische Staatsmann entschieden mit dem Plan umgeht, sich als Präsidentschafts-Candidat aufstellen zu lassen. Ließen die bis jetzt vorliegenden Mittheilungen zwar schon darauf schließen, daß in der republikanischen Partei der Vereinigten Staaten eine Spaltung eingetreten sei, so wird durch den neuesten Schritt Blaine's der Kampf zwischen ihm und dem jetzigen Präsidenten Harrison, der ebenfalls seine Wiederwahl betreibt, zur vollständigen Thatsache. Daß man jenseits des Oceans die Sache ebenso ansieht, das bekundet folgendes, die gestrige Meldung ergänzende Telegramm:

Washington, 5. Juni. Staatssecretair Blaine hat dem Präsidenten Harrison seine Entlassung in einem Schreiben überreicht, dessen Kürze sehr besprochen wird. Präsident Harrison hat die Entlassung in einem ebensolchen Schreiben angenommen. Der Schritt Blaine's verursacht großes Aufsehen, zumal derselbe am Vorabende der Ernennung der Präsidentschafts-Candidaten erfolgte. Die Anhänger Blaine's in der republikanischen Convention, welche am 7. d. M. in Minneapolis zusammentritt, sind der festen Ansicht, daß die Demission Blaine's als Candidatur desselben für den Präsidentschaftsposten anzusehen sei und sind entschlossen, ihn für die Präsidentschaft zu ernennen.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 5. Juni. Die Ernennung des Reichsanwalts beim Reichsgericht Dr. Lippmann zum Reichsgerichtsrath wird amtlich bekannt gemacht.

* Berlin, 4. Juni. Der Bundesrath beschäftigte sich in der am 2. d. M. unter dem Vorsitz des Vice-Präsidenten des Staatsministeriums, Staatssecretairs des Innern Dr. v. Boetticher abgehaltenen Plenarsitzung zunächst mit Zoll- und Steuer-Angelegenheiten: der zollfreien Ablassung von Netzen für die Hochseefischerei, der Zulassung gemischter Privat-Transitlager ohne amtlichen Mitverschluß für Getreide in mehreren Städten, der Abänderung der Vorschriften über die Rückvergütung der Brausteuer bei der Ausfuhr von Bier, endlich Anträgen auf Rückvergütung gezahlter Zollbeträge. Dem Entwurf von Ausführungsvorschriften zu dem Gesetz, betreffend die Unterstützung von Familien der zu den Friedensübungen einberufenen Mannschaften, sowie dem Antrage Badens auf Abänderung des Etats der Zoll- und Salzsteuer-Verwaltungskosten wurde die Zustimmung ertheilt. Die vom Reichstage überwiesenen Petitionen wegen Abänderung des Handelsgesetzbuchs, der Gewerbe-Ordnung, der Civil-Proceß-Ordnung und der Concurs-Ordnung wurden dem Reichskanzler übergeben. Das Recursgesuch eines Reichsbeamten gegen seine unfreiwillige Versetzung in den Ruhestand, über welches alsdann verhandelt wurde, hatte einen Erfolg nicht. Dem Beschluß des Reichstags, eine Petition, betreffend die Aufnahme von Bestimmungen über Jagdrecht und Ersatz von Wildschaden in das künftige Bürgerliche Gesetzbuch, dem Reichskanzler als Material für die Prüfung der Frage zu überweisen, ob und eventuell nach welcher Richtung hin Bestimmungen über Jagdrecht und Ersatz von Wildschaden in das künftige deutsche Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen seien, beschloß die Versammlung keine Folge zu geben.

— Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht das nachstehende Schreiben des Reichskanzlers an den Verein Berliner Kaufleute und Industrieller:

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat in der gefälligen Eingabe vom 9. v. M. die Schritte besprochen, welche zur Förderung des Vorhabens einer Weltausstellung in Berlin beabsichtigt werden.

Meine Anschauung über diesen Plan ist durch Beantwortung einer von anderer Seite an mich gerichteten Eingabe zur allgemeinen Kenntniß gelangt, und darf ich deshalb davon absehen, die für mich maßgebenden Gesichtspuncte nochmals zu entwickeln. Indeß benutze ich gern den Anlaß, um auf folgenden, inzwischen mehr in den Vordergrund getretenen Umstand hinzuweisen.

Innerhalb der mit den Vorarbeiten zur Chicagoer Weltausstellung befaßten gewerblichen Kreise haben die Erörterungen über das Berliner Vorhaben unverkennbar die Ansicht wachgerufen, es werde die deutsche Industrie in rascher Aufeinanderfolge zur Beschickung zweier Weltausstellungen sich veranlaßt sehen. Dieser Annahme vorzubeugen, halte ich für nothwendig, damit die würdige und erfolgreiche Vertretung Deutschlands auf amerikanischem Boden durch das inzwischen angenommene Project Berlin nicht beeinträchtigt werde, und damit deutsche Industrielle nicht geneigt werden, weiter bestimmte Anzeichen bereits vorliegen, von ihrer Zusage für Chicago wieder zurückzutreten. Es ist meine Pflicht, zunächst die von den gesetzgebenden Factoren gebilligte und mit Reichsmitteln unterstützte Betheiligung des deutschen Gewerbes an der Ausstellung in Chicago mit allen Kräften zu fördern und zu schützen. Wie immer aber die Bestrebungen für Berlin sich gestalten, keinenfalls könnte schon der in der Eingabe des Vereins bezeichnete Zeitpunct — 1896/97 — für die Veranstaltung einer neuen Ausstellung in Frage kommen.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller hat, wie bekannt, übereinstimmend mit dem Aeltesten-Collegium den Beschluß gefaßt, die behufs Bildung einer freien Vereinigung zur Schaffung eines Garantiefonds eingeleiteten Maßnahmen bis zum Herbst zu vertagen.

— Unter der Ueberschrift: „Der „Rücktritt" des Generals von Schweinitz" schreibt die „Schles. Ztg.": „Seit Jahr und Tag gehen abwechselnd einander direct widersprechende Nachrichten über den Rücktritt bezw. das Verbleiben des deutschen Botschafters in St. Petersburg, Generals von Schweinitz, auf seinem Posten durch die Presse. Neuerdings hat die als officiös gut informirt geltende Wiener „Politische Correspondenz" die Verabschiedung des Generals als für die nächste Zeit bevorstehend angekündigt. Demgegenüber schreibt man uns aus Berlin: Durch die Mittheilung der „Politischen Correspondenz" erscheint die Nachricht noch keineswegs verbürgt. Vielmehr erfahren wir neuerdings von wohlunterrichteter Seite, daß sich der Botschafter selbst potentiell dahin geäußert hat, er mache den Entschluß, um seinen Abschied zu bitten oder nicht, von seinem körperlichen Befinden nach Verlauf seines mehrmonatigen Urlaubs abhängig. Der Botschafter hat eine schwere Erkrankung, Influenza mit Lungenentzündung, zu überstehen gehabt, sich aber bereits von den Folgen so gut erholt, daß menschlicher Voraussicht nach jener Entschluß zu Gunsten des Verbleibens im Amte ausfallen wird. Im Interesse des Deutschen Reiches wäre das nur erwünscht. Die Erfahrungen in russischen Dingen, die General von Schweinitz besitzt, und namentlich das Vertrauen, das er an dem russischen Hofe genießt, wird sich ein Zweiter nicht so leicht erwerben. Eben darum und wegen seiner von nüchternem Urtheil geleiteten Bemühungen, unter schwierigen Verhältnissen angemessen gute Beziehungen zu unterhalten, möchte es manchen Kreisen, nicht blos panslavistischen, willkommen sein, wenn er abberufen und durch eine andere Persönlichkeit ersetzt würde."

□ Der „Vorwärts" bringt in seinem Briefkasten folgende Notiz zum Begräbniß des Oberbürgermeisters Forckenbeck: „Sie schildern, wie himmelweit verschieden das Begräbniß, das die Stadt dem Oberbürgermeister veranstaltete, von dem ist, was sie dem Armen gewährt. Sie könnten auch noch andere Contraste bringen, z. B.: wie sehr sticht die Wohnung, welche die Stadt dem Oberbürgermeister gewährt, von der Kammer im Hospital oder von der Schlafstelle im Asyl ab?" Der „Vorwärts" hätte für ihn viel näher liegende Vergleiche finden können: z. B. die Wohnung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Sabor, der nach seiner Ausweisung aus Frankfurt a/M. eine elegante Beletage in Aschaffenburg bezog, oder die Wohnung des Abgeordneten Singer, der nach seiner Ausweisung aus Berlin seine dortige Wohnung beibehielt, außerdem aber eine elegante Wohnung bei Dresden und eine Villa im Schwarzwald miethete, oder die herrschaftlichen, mit Arbeitergroschen bezahlten Wohnungen der Parteibeamten Liebknecht und Bebel im Vergleich zu den beschriebenen Unterschlupfen, die viele ihrer Genossen und Wähler haben.

— „Auf verschiedene Anfragen" theilt die „Conf. Corresp." im Briefkasten mit, die Frage betreffend eine Erweiterung des conservativen Parteiprogramms sei keineswegs bis zum Herbst vertagt. Bald nach Pfingsten würde über die Einberufung der Generalversammlung des Wahlvereins der Deutschen Conservativen Beschluß gefaßt und sodann das Weitere über den Stand der Angelegenheit in authentischer Form veröffentlicht werden.

— Die „Kreuzzeitung" hat die Entdeckung gemacht, daß die Nationalliberalen, und zwar diesmal in Baden, schon wieder einmal einen Angriff auf den Christenglauben schweigend Beifall gezollt hätten. Ja, nicht einmal von der Regierungsbank aus sei in der zweiten badischen Kammer, als kürzlich der ultramontane Ordensantrag zur Verhandlung stand, gegen die äußerst gehässigen und rohen Worte des Socialdemokraten Dr. Rühl protestirt worden, wie wohl doch „in diesem Falle Reden und nicht Schweigen das Richtige gewesen wäre". Die „Kreuzzeitung" scheint im blinden Eifer gar nicht an ihre beiden Partei- und nächsten Gesinnungsgenossen gedacht zu haben, die in der badischen zweiten Kammer Sitz und Stimme haben und an jenem Tage anerkenntlich der namentlichen Abstimmung auch beide zugegen waren.

— Die „Germania" ist in großer Besorgniß, daß für die gesammte Dienerschaft und für das Stallpersonal der kaiserlichen Majestäten in den Communs beim Neuen Palais durch den Hofprediger Wendlandt ein Gottesdienst abgehalten werden ist, der von Zeit zu Zeit wiederholt werden soll. Sie glaubt nämlich, daß an diesem Gottesdienst auch katholische Diener oder Stallbedienstete theilgenommen haben könnten. „Das ultramontane Blatt kann sich beruhigen, so schreibt die „Post". Die Theilnahme an dem in Rede stehenden Gottesdienste ist nach den von uns eingezogenen Erkundigungen eine völlig freiwillige, und die Katholiken, die sich etwa unter der Dienerschaft befanden sollten, werden also keinenfalls zur Theilnahme an einem evangelischen Gottesdienste genöthigt."

— Der Freiherr von Langen erläßt folgende Berichtigung:

Die „Frankfurter Zeitung" brachte am 28. v. M. einen Artikel über die Entstehungsgeschichte der Ahlwardt'schen Broschüre „Judenflinten", der neben anderen thatsächlichen Unrichtigkeiten auch bezüglich meiner Person unzulässige Unterstellungen sich erlaubt. Diesem Artikel gegenüber, mit dem die „Frankfurter Zeitung" das Opfer einer Mystification geworden ist, muß ich Folgendes betonen: 1) Es ist nicht wahr, daß Rector Ahlwardt, nachdem er das Material zu der Broschüre „Judenflinten" gesammelt hatte, mich bat, ihn in seinem Kampfe gegen das Judenthum zu unterstützen, vielmehr habe ich denselben ein Darlehn gewährt, lange bevor er selbst noch etwas von den Vorgängen in der Löw'schen Fabrik erfahren hatte. — 2) Es ist nicht wahr, daß Ahlwardt mich um dieses Darlehn gebeten hat, sondern ich habe es ihm, den ich damals noch gar nicht kannte, selbst anbieten lassen, nachdem mir von dritter Personen, die ebenso wenig wie ich einer antisemitischen Partei angehörten, seine bedrängte Lage geschildert war. — 3) Es ist nicht wahr, daß ich Ahlwardt's Schulden mit etwa 9000 ℳ bezahlt habe, die Summe, die ich lieh, war eine weit geringere. — 4) Es ist nicht wahr, daß ich das Darlehn aus politischen Beweggründen und namentlich zu antisemitischen Zwecken gegeben habe, was schon aus der Thatsache sich ergiebt, daß kein Pfennig des betreffenden Geldes für die antisemitische Partei oder Agitation, sondern alles lediglich zur Befriedigung von Ahlwardt's Privatgläubigern verwendet worden ist, die, nebenbei bemerkt, durchaus nicht nur aus Juden bestanden. — 5) Es ist nicht wahr, daß ich das Material Herrn Frhrn. v. Wackerbarth und Herrn Pesch unterbreitet habe. — 6) Es ist nicht wahr, daß ich im Interesse antisemitischer Agitation der Behörde Anzeige erstattet habe. Vielmehr habe ich, nachdem ich von den Nachforschungen und dem belastenden Belastungsmaterial Kenntniß erhalten hatte, damit lediglich meine nach §. 139 des Strafgesetzbuches jedem Staatsbürger obliegende Pflicht erfüllt, da ich durch Unterlassung dieser Meldung mich strafbar gemacht haben würde.

Hierbei war es höchst gleichgiltig, ob der Angeschuldigte Semit oder Arier war.

Freiherr von Langen.

Berlin, den 2. Juni 1892.

* Potsdam, 5. Juni. Der Kaiser ist gestern Abend 11½ Uhr mittelst Sonderzugs auf der Wildparkstation wieder eingetroffen und hat sich sofort nach dem Neuen Palais begeben.

* Kiel, 4. Juni. Alle hiesigen Kriegsschiffe, sowie mehrere Schiffe von Wilhelmshafen wurden zur Flottenparade vor dem Zaren befohlen.

* Flensburg, 4. Juni. Das in den nordschleswigschen Gewässern manövrirende Panzerschiff „Kronprinz" kehrte plötzlich nach Kiel zurück, da Scharlach an Bord ausgebrochen.

* Lübeck, 4. Juni. Heute Nachmittag entschlief hier im 94. Lebensjahre der Senior der hiesigen Geistlichkeit Dr. Lindenberg.

* Ober-Glogau, 4. Juni. Se. Majestät der Kaiser besichtigte im Laufe des frühen Vormittags im Schloßhofe das Husaren-Regiment Graf Goetzen (2. Schlesisches) Nr. 6 und wohnte sodann um 11 Uhr in der Pfarrkirche der Trauung des Fürsten von Radolin mit der Gräfin Johanna von Oppersdorff bei. Den Trauact vollzog Fürstbischof Kopp, welcher nach demselben noch eine Messe celebrirte.

* Birkenfeld, 3. Juni. Der Provinzialrath des Fürstenthums Birkenfeld bewilligte einen Zuschuß von 40 000 ℳ zu den Grunderwerbskosten der von Preußen zu erbauenden Eisenbahn Bierfeld-Türkismühle. Regierungspräsident Bernstedt theilte der Versammlung u. A. mit, daß Preußen in nicht ferner Zeit noch mehr Bahnen durch das Fürstenthum zu bauen gedenke, und zwar von Türkismühle über Wolfersweiler nach Kusel, von Birkenfeld nach Morbach, von Oberstein durch das Idarthal und von Fischbach durch das Fischbachthal.

* Coburg, 4. Juni. Die Herzogin von Edinburg ist mit den Prinzessinnen-Töchtern und dem Thronfolger von Rumänien, Prinzen Ferdinand, hier eingetroffen.

SLUB
Wir führen Wissen.